ÖISS – Fachgespräch „Sicherheit im Sportstättenbau“

Spezielle Haftungsfragen im Sport

Mag. Pia Haschke, LL.M.

Bundesministerium für Öffentlichen Dienst und Sport (BMöDS)

21.11.2019, Haus des Sports Wien

INHALTE

I. Themenabgrenzung und Grundsätze

II. Schadenersatz - Haftungsgrundlagen

III. Haftungsbeschränkungen/Haftungsfreizeichnung

I. Themenabgrenzung und Grundsätze

I.1. Unterschiedliche Verantwortlichkeiten

I.2. Definitionen/Grundsätze

I.3.Funktionen Schadenersatz

I.4. Themenbegrenzung/Kreis der Beteiligten

I.1. Unterschiedliche Verantwortlichkeit

Privatrechtliche Verantwortlichkeit	Strafrechtliche Verantwortlichkeit	Öffentlich-rechtliche Verantwortlichkeit
Verantwortung vor Zivilgerichten	Verantwortung vor Strafgerichten	Verantwortung vor Verwaltungsbehörden
Deliktischer oder vertraglicher Schadenersatz	Tötung, Körperverletzung, Sachbeschädigung	Erfüllung von Auflagen, Bescheiden in öffentlich –rechtlichen Verfahren
Private Kläger	Öffentliche Anklage - Staatsanwaltschaft	
Zivilrecht/Privatrecht	Strafrecht	Verwaltungsrecht

I.2. Definitionen

- **Sport und Spiel**

..sind **keine rechtsrelevanten** Begriffe, es knüpfen keine Gesetzesnormen direkt an diese Begriffe an.

- **Sportveranstaltung**

Auch der Begriff der Sportveranstaltung ist kein rechtlicher. Es gibt daher auch keine sondergesetzlichen Regelungen zu Sportveranstaltungen im Haftungsrecht.

„In der Regel handelt es sich um ein planmäßig, vorbereitetes, zeitlich begrenztes sportliches Ereignis, an welchem Sportler oder Sportlergruppen teilnehmen und an welchem ein nicht unerhebliches Interesse besteht.“

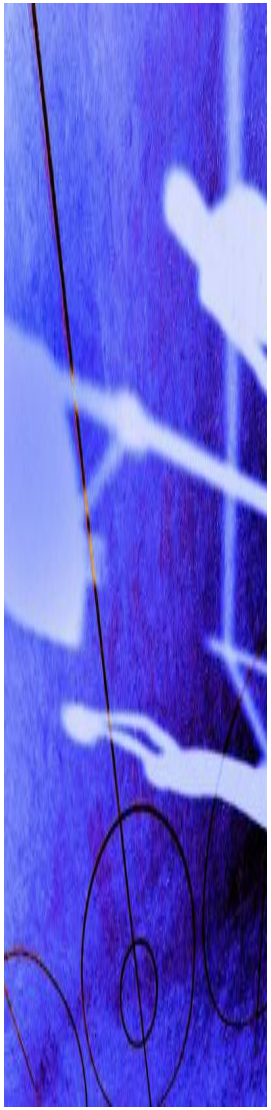
I.2. Definitionen

- **Sportunfall**

Auch der Sportunfall als solcher ist kein Rechtsbegriff.

Grundsätzlich spricht man bei der Verursachung von Verletzungen und Schäden durch einen Sportler bei anderen Sportlern oder Beteiligten von einem Sportunfall.

Wichtig ist ein **(äußerer und innerer) Zusammenhang** mit der sportlichen Betätigung der jeweiligen Sportart.



I.2. Definitionen

Es gibt also in Österreich **kein** spezifisches Sportschadenersatzrecht.

Grundlage für Haftungsfälle im Zusammenhang mit Sport ist daher das „normale“, zivilrechtliche Schadenersatzrecht.

Allerdings gibt es

- **spezifische Judikatur** und
- **sportspezifische Regelungen**

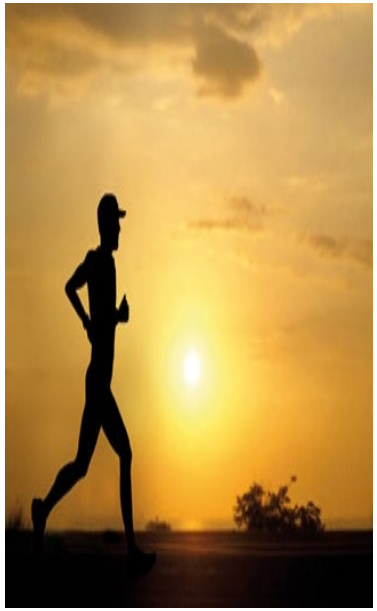
die im Schadenersatzrecht bei bestimmten Konstellationen iZm Sport zu beachten sind.

I.2. Definitionen

- **Schadenersatzrecht/Haftpflichtrecht**

„Ist die Summe aller Vorschriften, die regeln, wann und wie jemand den bei ihm eingetretenen Schaden von jemand anderem ersetzt verlangen kann.“

§ 1295 ABGB: „Jedermann ist berechtigt, von dem Beschädiger den Ersatz des Schadens, welchen dieser ihm aus Verschulden zugefügt hat, zu fordern (…)“



I.2. Definitionen/Grundsätze Schadenersatz

Ist ein Schaden einmal eingetreten, muss gefragt werden, **wer** den Schaden **zu tragen** hat (**Schadenstragung**).

Grundsätzlich trifft der Schaden denjenigen, in dessen Vermögen oder Person er sich ereignet.

Wenn allerdings **besondere Gründe** (**Zurechnungsgründe**) vorliegen, gewährt die Rechtsordnung der geschädigten Person **Ersatz für den erlittenen Schaden**. Dabei findet eine Überwälzung des Schadens statt.

I.4. Themenbegrenzung/Personenkreise

Unterscheidung zwischen

- **Verschuldenshaftung**
- **Gefährdungshaftung** - Haftung für Schäden, die sich aus einer erlaubten Gefahr z. B. Betrieb einer gefährlichen Einrichtung, Halten eines Haustieres ergeben (EKHG, PHG)
- **Eingriffshaftung** – Haftung für Schäden, die erlaubterweise zugefügt werden (zB bei behördlichen Anlagen).

Unterscheidung zwischen

- **vertraglicher Haftung**

  Verletzung einer Verpflichtung, die sich aus einem Vertrag ergibt.
- **deliktische Haftung**

  Verletzung einer Verhaltenspflicht, die für jedermann und gegenüber jedermann besteht.

Personen/Benutzerkreise:

Athlet/Nutzer der Anlage

Zuschauer

Trainer

II. Haftungsgrundlagen

II.1. Schaden

II.2. Kausalität/Adäquanz

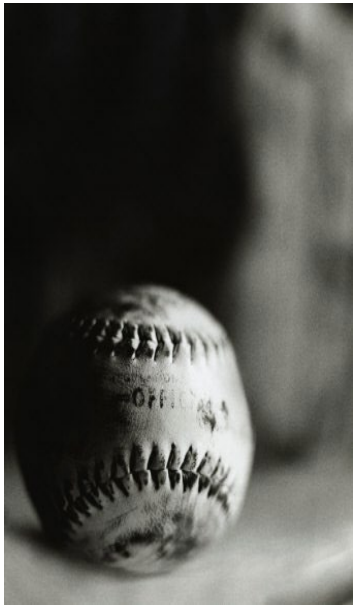
II.3. Rechtswidrigkeit

II.4. Vertragliche/Deliktische Haftung

II.5. Verschulden

II.6. Haftung bei Verletzung der Person

II.7. Verkehrssicherungspflichten



II.1. Schaden

Begriff:

„Jeder Nachteil, welcher jemandem an Vermögen, Rechten oder seiner Person zugefügt wurde.“ (§ 1293 ABGB)

Unterschieden wird zwischen:

- ***Vermögensschaden*** („realer Schaden“)
- ***immaterieller/ ideeller Schaden*** („Gefühlsschaden“)

II.1. Schaden

- **Vermögensschaden**

  Vermögensschäden sind Nachteile an geldwerten Gütern, sie sind daher (direkt) in Geld messbar.

  - *positiver Schaden (erlittene Beschädigung)*
    ..ein schon vorhandenes Vermögensgut wird vermindert/zerstört. Bei der vertraglichen Haftung ist bei Nichterfüllung einer Leistungsverpflichtung Ersatz zu leisten (Nichterfüllungsschaden).

  - *entgangener Gewinn*
    ..Verhinderung einer Vermögensvermehrung, einer Erwerbschance.

Positiver Schaden >< entgangener Gewinn
(Vermögensminus jetzt) (Vermögensminus in Zukunft)

II.1. Schaden

- **Immaterieller/ideeller Schaden**

  Gefühlsschaden, der nicht in Geld messbar ist.

  - *Schmerzen*

    nach Verletzungen, regelmäßiger Ersatz bei Körperverletzung
  - *verlorene Urlaubsfreude und Erholung*

    bei einem fehlgeschlagenem, „verdorbenen“ Urlaub
  - *frustrierte Aufwendungen*

    Verlust einer Gebrauchs- oder Nutzungsmöglichkeit

  Die „Berechnung“ des Schadens aufgrund von Schmerzen erfolgt nach Intensität (stark, mittel, schwach) und Dauer (Tagen).

II.2. Kausalität/Adäquanz

Ein erlittener Schaden ist nur dann von einer anderen Person zu tragen, wenn bestimmte Bedingungszusammenhänge verwirklicht sind ***(Kausalität).*** Es geht hier um die Verbindung zwischen rechtswidrigem Verhalten und Schaden.

„Denkt man sich das Verhalten (die Handlung oder das Unterlassen) des Schädigers weg, entfällt dann auch der schädigende Erfolg?“

Die ***Adäquanz*** wiederum verhindert als Zurechnungskriterium ein „Ausufern“ der Haftung.

„Eine (adäquate) Verursachung liegt nur dann vor, wenn diese zur Herbeiführung des Erfolges nicht völlig ungeeignet erscheinen muss.“

II.3. Rechtswidrigkeit

liegt bei einem Verstoß gg Gebote und Verbote, die sich aus **Gesetz (ex delicto)** oder **Vertrag (ex contractu)** ableiten lassen, oder bei einem Verstoß gegen die guten Sitten vor.

= Urteil über die Tat

Bei Vorliegen bestimmter **Rechtfertigungsgründe** (Notstand, Nothilfe, Selbsthilfe,…) ist ein an sich rechtswidriges Verhalten rechtmäßig.

II.4. Vertragliche/Deliktische Haftung

Im Schadenersatzrecht wird zwischen deliktischer Haftung (**ex delicto**) und vertraglicher Haftung (**ex contractu**) unterschieden.

Haftung resultierend aus

- Verletzung von Schutzgesetzen (zB. Straßenverkehrsordnung-StVO),
- Verletzung absolut geschützter Rechtsgüter (z.B. Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum),
- Verstoß gegen die guten Sitten
- Verkehrssicherungspflichten

ist Einstehenmüssen gegenüber jedermann (ohne spezielles Rechtsband zwischen (Schädiger und Geschädigtem) = **deliktische Haftung.**

II.4. Vertragliche/Deliktische Haftung

Vertragliche Haftung setze ein bestimmtes Rechtsband zwischen Schädiger und Geschädigtem voraus – Vertrag.

Der Schädiger haftet für Verletzung/Nichteinhaltung von **vertraglichen Haupt – oder Nebenverpflichtungen** und für **Schutzpflichten**, die sich aus dem Vertrag ergeben.

zB.: Schaden resultierend aus Verzug – Der Verkäufer liefert nicht zum vereinbarten Termin oder nicht in der vereinbarten Weise.

Schaden resultierend aus Unmöglichkeit der Leistung – Der Verkäufer zerstört die Ware vor Übergabe.

Bei Vorliegen eines Vertrages muss der Schädiger beweisen, dass ihn an der Zufügung des Schadens kein Verschulden trifft (Beweislastumkehr - §1298 ABGB).

II.5. Verschulden (Vorsatz, Fahrlässigkeit)

ist die persönliche (subjektive) Vorwerfbarkeit rechtswidrigen Verhaltens.

Schuldhaft handelt, wer ein Verhalten setzt, das er hätte vermeiden sollen und auch vermeiden können.

= Urteil über den Täter

Der Täter muss in der Lage gewesen sein, die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens **zu erkennen** und sich **dementsprechend zu verhalten**. Deliktsfähigkeit in Österreich ab 14 Jahren.

II.5. Verschulden (Vorsatz, Fahrlässigkeit)

Unterschiedliche Abstufungen des Verschuldens:

Vorsatz: Der Schädiger sieht den schädigenden „Erfolg“ vorher und billigt diesen auch**.**

Fahrlässigkeit: Die **objektiv gebotene Sorgfalt** wird nicht eingehalten.

Ein eventuelles **Mitverschulden** des Geschädigten wird bei der Festlegung des Umfanges der Ersatzpflicht berücksichtigt.

II.6. Haftung bei Verletzung der Person - Art und Umfang des Ersatzes

Bei der Art und dem Umfang des **Ersatzes von Schäden** steht zunächst das Prinzip der „**Wiederherstellung** in den vorherigen Zustand“ zunächst im Vordergrund (Reparatur,…) – primär Naturalrestitution

Nur wenn dies nicht möglich/tunlich oder unzumutbar ist, dann ist der geschätzte Wert zu ersetzen; der Geschädigte erhält (subsidiär) **Wertersatz**.

II.6. Haftung bei Verletzung der Person - Art und Umfang des Ersatzes

§1332 ABGB *„Der Schade, welcher aus einem minderen Grade des Versehens oder der Nachlässigkeit verursachet worden ist, wird nach dem* ***gemeinen Werthe****, den die Sache zur Zeit der Beschädigung hatte, ersetzet.“*

§1331 ABGB *„Wird jemand an seinem Vermögen vorsätzlich oder durch auffallende Sorglosigkeit eines Anderen beschädiget; so ist er auch den* ***entgangenen Gewinn****, (…) zu fordern berechtiget.“*

Bei **Sachschäden** ist also

bei leichter Fahrlässigkeit der (gemeine) Wert der Sache zu ersetzen;

Bei grober Fahrlässigkeit/Vorsatz ist auch der entgangene Gewinn/der Wert der besonderen Vorliebe der Sache zu ersetzen;

II.6. Haftung bei Verletzung der Person - Art und Umfang des Ersatzes

§ 1325 ABGB *„Wer jemandem an seinem Körper verletzt, bestreitet die* ***Heilungskosten*** *des Verletzten, ersetzt ihm den entgangenen und künftig* entgehenden Verdienst *und bezahlt ihm ein* ***angemessenes Schmerzengeld****.“*

a) Vermögensnachteile

Heilungskosten sind alle zur Beseitigung der Verletzung oder Besserung des Gesundheitszustandes des Verletzten.

Der **Verdienstentgang** umfasst **alle Vermögensnachteile** aus der Verringerung oder dem Entfall von Einkünften für die Zeit seit der Verletzung aber auch für die Zukunft.

b) Ideelle Nachteile

Schmerzengeld ist Teil des immateriellen Schadens und wird in der Praxis durch „Tagsätze“ (für leichte/mittlere/schwere Schmerzen) abgegolten.

II.7. Verkehrssicherungspflichten

II.7.1. Allgemeines

II.7.2. Inhalt der Verkehrssicherungspflichten

II.7.3. Grenzen

II.7.1. Allgemeines

Verkehrssicherungspflichten sind ungeschriebene Verhaltensweisen, **objektive Sorgfaltspflichten** gegenüber bestimmten Rechtsgütern.

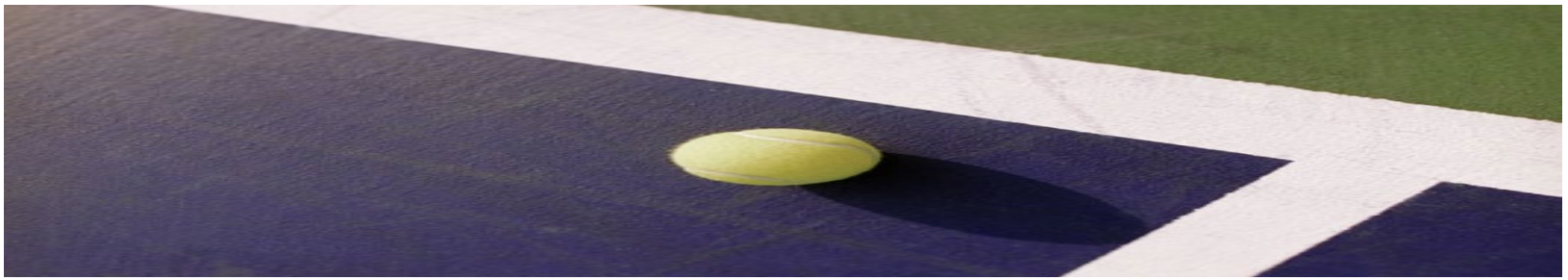
Es sind **deliktische Verhaltenspflichten**, dh sie bestehen unabhängig von einem Vertragsverhältnis. Sie entstehen durch

- (Er)öffnung und **Zulassung eines „Verkehrs“** auf Straßen, Grundstücken und Gebäuden
- Schaffen einer **Gefahrenquelle**.

II.7.1. Allgemeines

Diese Verpflichtungen bestehen gegenüber einem **befugten (oder erwartbaren) Personenkreis**, der diese Anlage, den Grund, das Grundstück „nutzt“.

Bspw öffnen Veranstalter von (Groß)sportveranstaltungen einen „Verkehr“, sind daher Haftungsadressaten und müssen die Anforderungen von Verkehrssicherungspflichten erfüllen.



II.7.2. Inhalt der Verkehrssicherungspflichten

Der Inhalt bzw die Anforderungen an die einzuhaltenden Sorgfaltspflichten richten sich nach den Umständen von **Einzelfällen**. Es gibt **keinen allgemein gültigen Inhalt** von Verkehrssicherungspflichten.

Grundsätzlich besteht die Verpflichtung, eine Anlage in einem verkehrssicheren und gefahrlosen Zustand zu halten.

Zur **Konkretisierung** der Inhalte von Verkehrssicherungspflichten werden bei Sportveranstaltungen darüber hinaus

- **Sportverbandsregeln**
- **behördliche Auflagen** und
- **öffentlich-rechtliche Normen** herangezogen.

II.7.3. Grenzen der Verkehrssicherungspflichten

Bei **objektiver und sachkundiger** Betrachtung muss die Möglichkeit der Verletzung von Rechtsgütern Dritter erkennbar sein

→ ***Erkennbarkeit der Gefahr***

und der Gefahr durch **zumutbare Maßnahmen** vorgebeugt werden können

→ ***Notwendigkeit*** und ***Zumutbarkeit*** der (Abwehr)maßnahme.

III. Haftungsbeschränkungen/Haftungsfreizeichnung

III.1. Sporthaftungsprivileg

III.1.1. Allgemeines

III.2.2. Anwendungsvoraussetzungen

III.2. Vertragliche Haftungsbeschränkung

III. 1. Sporthaftungsprivileg

III.1.1. Allgemeines

„Wer sich einer ihm bekannten oder erkennbaren Gefahr aussetzt, dem wird eine Selbstsicherung zugemutet.“
(zuletzt OGH 17.03.2009, 10 Ob 15/08s „Krampuslauf“)

Das Sporthaftungsprivileg ist eine **Haftungsbeschränkung**, die

- von der **Judikatur entwickelt** wurde**,**
- auf dem Gedanken des **„Handels auf eigene Gefahr“** beruht und
- nur **sport- bzw. spieltypische Risiken** betrifft.

Das Privileg betrifft die Verletzung eines **absolut geschützten Rechtsguts (körperliche Integrität/Gesundheit)** in einer bestimmten Situation. Diese Regeln gelten zwischen den Beteiligen daher auch ohne vertragliche Beziehung.

III.1.2. Anwendungsvoraussetzungen

Grundbedingungen für die Anwendung des Sporthaftungsprivilegs:

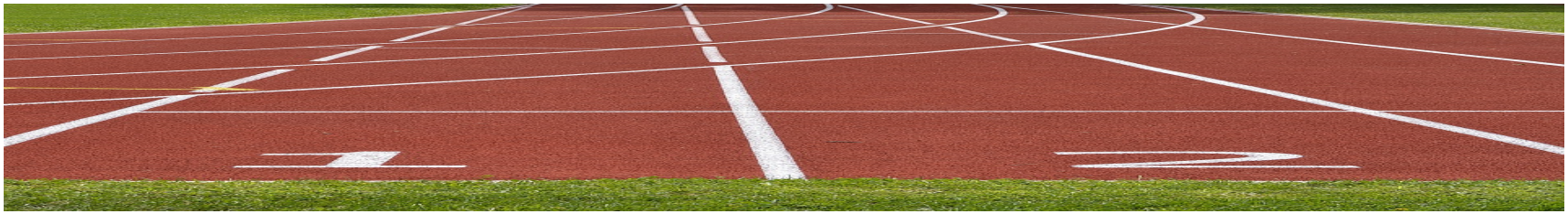
- **Freiwillige Teilnahme des Verletzten** am Wettkampf/Spiel im Bewusstsein, dass es sich um einen solchen/es handelt.
- Die **Regeln**, nach denen der Wettkampf ausgetragen wird, **stehen für die Sportart fest** oder sind einvernehmlich festgelegt worden.
- Es muss eine **anerkannte**, nicht sittenwidrige **Sportart** vorliegen.

III.1.2. Anwendungsvoraussetzungen

Eine **Verletzungshandlung**, die sich im Rahmen eines mit der jeweiligen **Sportart verbundenen Risikos** bewegt, ist **nicht rechtswidrig**. Somit ist keine Schadenersatzpflicht des Verletzers.

Sportteilnehmer setzt sich den ihm **bekannten oder erkennbaren Gefahren** aus, die die Sportausübung mit sich bringen.

→ Einwilligung in das **erlaubte Risiko** ≠ Einwilligung in die Verletzung selbst



III.1.2. Anwendungsvoraussetzungen

- Für die Teilnahme am Sport gelten die **Grundsätze der Risikoübernahme** und **der Eigenverantwortung**. Jeder hat für sich selbst zu entscheiden, was er entsprechend seiner Fähigkeiten und seiner Verfassung tun soll und ohne Gefahr bewältigen kann. Für erlittene Unfälle ist daher der Sportler in erster Linie selbst verantwortlich.

- Eine Verletzungshandlung, die sich im Rahmen eines mit der jeweiligen Sportart verbundenen Risikos bewegt, ist nicht rechtswidrig. Eine rechtwidrige Verletzungshandlung liegt **nur dann** vor, wenn sie im **sporttypischen Risiko KEINE Deckung** findet.

- Das sporttypisches Risiko kann **anhand der sportlichen Regelwerke** determiniert werden.

- Eine Verletzungshandlung ist grundsätzlich **NICHT rechtswidrig**, wenn **KEIN Regelverstoß** vorliegt. Ein den Sportregeln konformes Verhalten ist daher generell haftungsbefreiend.

- Aber auch wenn ein Regelverstoß vorliegt, führen dieser nicht immer zu einer Haftung. Es wird also in **„erlaubte“ und rechtswidrige Regelverstöße** unterschieden.

III.1.2. Anwendungsvoraussetzungen

Es gibt also eine enge Verknüpfung zwischen der **gesetzten Handlung** und einem **Regelverstoß** (gegen eine Spielregel). Ein den Sportregeln konformes Verhalten wirkt generell **haftungsbefreiend**.

Liegt die Sportverletzung jedoch **außerhalb des sporttypischen** Risikos und/oder Verletzungshandlung **vorsätzlich/absichtlich/ fahrlässig** erfolgt, dann kommt es zu einer Haftung.

Das Sporthaftungsprivileg kommt insbesondere im Verhältnis
Athlet >< Athlet als auch
Veranstalter >< Athlet sowie
Trainer >< Athlet zur Anwendung.

III.2. Vertragliche Haftungsbeschränkung

Nach allgemeiner Ansicht kann vertraglich die **Haftung für Vorsatz nicht ausgeschlossen** werden (das gilt für **Personen-** und **Sachschäden).**

Veranstalter >< Athlet

Haftungsfreizeichnung in **Athletenerklärungen**

Veranstalter >< Zuschauer

Freizeichnung von Haftung in Zuschauer/Nutzerverträgen und in AGB nur eingeschränkt möglich. Der Zuschauer/Nutzer ist meist Konsument und daher kommen die **Sonderregelungen des KSchG** zur Anwendung**.**

Trainer >< Athlet

Nur insofern zwischen Trainer und Athlet eine vertragliche Beziehung besteht. Anwendung des KSchG muss geprüft werden.